



Liebe Bürger*innen,

derzeit ist die Mehrzahl von uns mit vielerlei Themen beschäftigt, die noch vor einem Jahr keine Rolle in unserem Alltag gespielt haben. So ist es auch nicht zu verdenken, dass die politischen Entwicklungen unserer Stadt nicht die höchste Priorität haben. Darüber hinaus ist es den Malchowern kaum möglich, an Informationen zu kommen oder sich als Bürger an der Gestaltung unserer Zukunft zu beteiligen. So bleiben in der heutigen Zeit nur die (eingeschränkten) persönlichen Kontakte, die sozialen Netzwerke oder das Malchower Tageblatt als Informationsquellen übrig. Da hier die Sachverhalte teilweise einseitig oder verfälscht dargestellt werden, sehen wir uns in der Pflicht, weitere Perspektiven aufzuzeigen und die Themen näher zu beleuchten.

1. Öffentlichen Raum entziehen zu Gunsten des Investors?!

„Schadensersatz oder 4 Parkplätze in der Mühlenstraße“ – so lautet die Überschrift im Malchower Tageblatt Nr. 01/2021. Hier wird von einem „beinahe 15 Jahre schwelenden Rechtsstreit“, gar von einer Forderungssumme von ca. 100.000 € gesprochen. Folgt man den Aussagen, so erscheint das „Opfer“ in Form von 4 Parkplätzen gerechtfertigt, oder?! Jedoch gibt es hier weitere Fakten, die erläutert werden müssen und nicht unter den Tisch fallen dürfen.

Das Parken in der Mühlenstraße ist für die Anwohner problematisch. So leer, wie der Parkplatz auf dem Foto im Tageblatt war, so wünschten sich die Anwohner diesen im Sommer. Daher wurde im Februar 2020 der Bürgermeister in der Stadtvertreterversammlung nach der privaten Vereinnahmung von 4 Parkplätzen direkt befragt. Die Antwort lautete: Niemand hat eine Erlaubnis zur Privatisierung erteilt und der Bürgermeister würde angemessen darauf reagieren. Nach dem heutigen Wissensstand liegt bereits seit 2018 ein Pachtvertrag zwischen der Stadt Malchow und dem Investor über die vier kostenfreien Parkplätze auf dem Parkplatz in der Mühlenstraße (ehemals Gärtnerei Paasch) für 20 Jahre vor. Das war weder der Politik bekannt, auch wäre der rechtliche Grund interessant zu erfahren. Warum dies dem Stadtoberhaupt entfallen ist, wurde nirgends erörtert.



Der weitere Verlauf wirft noch mehr Fragen auf. Im Raum stand urplötzlich eine Forderung seitens des Investors von ca. 100.000 €? Die Faktenlage sollte durch die Stadtvertretung abgewogen werden – ob privatisieren oder die Forderungen in Kauf nehmen. Doch in der Stadtvertreterversammlung am 10.12.2020 hat der Investor die Frage, ob es einen schriftlichen Beleg für seine Forderung gibt, eindeutig verneint. War die Forderung vielleicht nur ein Druckmittel, um die politische Zustimmung für die Privatisierung zu erzwingen? Die Stadtvertretung hat sich jedoch mehrheitlich gegen die Teileinziehung der 4 Parkplätze und die damit einhergehende Privatisierung entschieden.

Lieber dem Investor schmeicheln, statt den Einwohnern geförderte Parkplätze überlassen – unser neuer Kurs?

2. Wasserzugang in der Lange Straße – ein idyllisches Kleinod für uns alle? _____

Sie haben es sicher schon bemerkt. Das kleine Stückchen Grün in der Langen Straße mit dem Blick auf die Klosterkirche hat nun einen Zaun und darf nicht mehr betreten werden. Schade, sagen viele und fragen sich nach dem Warum?

Tatsache ist, dass das Grundstück in Privatbesitz ist. Die Stadt war in der Vergangenheit immer bestrebt, der Öffentlichkeit den Zugang zu den Wasserstraßen zu ermöglichen. Deswegen existierte seit 2001 ein Nutzungsvertrag, welcher die Stadt befugte, dieses Kleinod als öffentliche Grünanlage zu nutzen. Neben unseren 220.000 Gästen jährlich haben sich ebenso Malchowerinnen und Malchower über die grüne Oase in der Langen Straße und deren Ausblick auf das Kloster gefreut.

Es ist nicht abzustreiten, dass das über die Jahre gezahlte Entgelt den Grundstückswert überstieg. Um den weiteren Verlauf im politischen Raum erneut zu bestimmen, sollte der Vertrag vorerst für ein Jahr verlängert werden. Die Stadt sollte dies erneut prüfen, doch das fand nie statt. Stattdessen ist der Vertrag stillschweigend ausgelaufen und die öffentliche Nutzung gehört der Vergangenheit an: Ohne politische Beteiligung und Mitsprache der Bürger. Ist dieses Vorgehen so gewünscht? Wer bestimmt, was zu teuer ist und wie viel Malchow bereit ist zu zahlen, damit die Bürger

und Gäste unserer Stadt mehr innerstädtischen Raum nutzen können? Sind 300 € monatlich, 4 Cent pro Einwohner zu viel? Der Bürgermeister möchte die Anzahl der Kurgäste verdoppeln, verkleinert aber die öffentlichen Flächen? Dies passt irgendwie nicht zusammen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die vier Parkplätze in der Mühlenstraße für 20 Jahre kostenfrei abgegeben werden und das grüne Idyll als zu teuer eingestuft und aufgegeben wird.



Bevormundet statt beteiligt – wie viel Wasser können wir in ein paar Jahren noch sehen?

3. Dichter Nebel in Visionen und Finanzen? _____

Im Malchower Tageblatt Nr. 01/2021 werden den Bürgerinnen und Bürgern von dem Bürgermeister verschiedene Bauprojekte (im Rahmen des ISEK'S) als Zielvorgaben für das aktuelle und die nachfolgenden Jahre vorgestellt. Es entsteht der Eindruck, dass der Weg klar ist und wir super vorankommen. Dies wäre wünschenswert, doch in der Realität sind hier viele Nebelschwaden. Es fehlen die Investitionssummen für die aufgezeigten Projekte und deren Folgekosten. Auf dieser Basis kann kein politischer Beschluss gefasst werden. Wenn Sie ein Auto kaufen, möchten Sie auch wissen, wie hoch die Versicherung und die Steuern sind oder?

Dieses grundsätzliche Problem – ins Blaue planen ohne zu wissen, wie dick unser Stadtportemonnaie ist – zeichnet sich immer wieder in den letzten Jahren ab. Wurden im Februar 2020 die 7,7 Mio. € Buchungsfehler aus dem Jahre 2018 festgestellt, gibt es aus dem Rathaus dazu nach nun fast einem Jahr immer noch keine Klarheit. Wir wissen immer noch nicht, wo die Stadt heute finanziell steht. Seit neun Jahren gibt

es keinen gültigen Jahresabschluss. Wäre dies in der freien Wirtschaft möglich oder wäre ein Unternehmen doch schon pleite? Wie soll die Politik auf dieser Basis über einen Haushalt für das Jahr 2021 diskutieren und beschließen? Gerne können wir Projekte auf gut Glück planen und beschließen. Klar können auch unsere Kinder dann dafür bezahlen. Aber wollen wir das? Ist es in unserem Sinne, im Nebel zu tappeln und später bei klarer Sicht verzweifelt nach Lösungen zu suchen? Die Antwort kann nur nein lauten. Wir wollen nicht, dass am Ende Finanzlöcher mit Steuererhöhungen, Pacht-erhöhungen, Kurabgabenerhöhungen... gestopft werden.

„*In der Politik ist es wie in der Mathematik: alles, was nicht ganz richtig ist, ist falsch.*“

Edward Kennedy

*An dieser Stelle ein Dank für Ihre Aufmerksamkeit und die Zeit, die Sie sich genommen haben.
Die bündnisgrünen Stadtvertreter Joachim Stein, Monika Göpper, Anja Speckin - 30.01.2021*